

Ansprache von Dr. Andrea Benecke, Vizepräsidentin der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz

Jahresempfang der Wirtschaft am 7. Februar 2017

[Es gilt das gesprochene Wort.]

ANREDE

Ich freue mich außerordentlich, dass ich heute Abend im Namen der 13 Veranstalter des Jahresempfanges der Wirtschaft, der rheinland-pfälzischen Kammern – insbesondere der Kammern der Freien Berufe – zu Ihnen sprechen darf. Die Kammern in Rheinland-Pfalz zeichnen sich schon seit vielen Jahren durch eine außergewöhnlich gute und sehr enge Zusammenarbeit aus, die sich nicht nur bei der gemeinsamen Planung und Organisation dieses Jahresempfanges zeigt. Dass ich als Vertreterin der wahrscheinlich kleinsten und zweitjüngsten rheinland-pfälzischen Kammer heute hier die Möglichkeit habe, das Wort an Sie alle zu richten, ist ein Zeichen dieser besonderen Kooperation und Zusammenarbeit. Ich glaube, das gibt es nur in Rheinland-Pfalz – herzlichen Dank dafür!

Die Mitglieder der Landespsychotherapeutenkammer in unserem Bundesland – das sind über 1.800 approbierte Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten. Wir werden vor allem dann gebraucht, wenn es im Leben mal nicht so rund läuft, wenn chronische Überlastung depressiv macht, wenn Menschen sich aufgrund des Verlustes ihres Arbeitsplatzes wertlos fühlen oder wenn schwere Traumata bewältigt werden müssen – um nur einige Beispiele zu nennen.

Eine starke Gesellschaft lässt auch Menschen, die zeitweise schwach sind, nicht fallen. In einer starken Gesellschaft müssen Menschen eine psychische Erkrankung vor ihrem Arbeitgeber nicht verheimlichen, sie können offen darüber mit ihren Kollegen und mit ihrem Chef sprechen. Eine starke Gesellschaft unterstützt, wo es dringend notwendig ist und zieht sich dann wieder zurück, wenn die Hilfe nicht mehr gebraucht wird.

So auch aktuell bei den Menschen, die in unserem Bundesland Asyl suchen. Flucht, Vertreibung, Gewalt, Krieg, Trennung von der Familie - viele der Menschen, die neu zu uns ins Land kommen, brauchen nach solchen Erfahrungen vor allem Stabilität, Sicherheit und das Gefühl, einen Platz in unserer Mitte zu finden. Und manchmal brauchen sie eben auch mehr Unterstützung, wenn die Erlebnisse so schlimm waren, dass sie nicht allein bewältigt werden können. Als starke, als weltoffene Gesellschaft müssen wir bereit sein, diese Gesundheitsleistungen zu finanzieren, um die Voraussetzungen für die Integration der Menschen zu schaffen.

Und – wir scheinen außerdem wirtschaftlich davon zu profitieren. Führende Wirtschaftsforscher vergleichen die Wirkung der staatlichen Leistungen für Geflüchtete mit einem kleinen Konjunkturprogramm, da sie vor allem deutschen Unternehmen und

Arbeitnehmern durch eine höhere Nachfrage zugutekämen. Neben den rund 20 Milliarden Euro staatlicher Mehrausgaben im Zusammenhang mit Flüchtlingen im Jahr 2016, haben sich auch zusätzliche Investitionen – beispielsweise in die Bauwirtschaft – und der private Konsum der Flüchtlinge positiv auf die Wirtschaft ausgewirkt. Die Binnenkonjunktur wird stimuliert, das Wirtschaftswachstum steigt. Kurz und gut: Die deutsche Wirtschaft profitiert auch von den Ausgaben der Flüchtlingskrise. Natürlich geht es der Wirtschaft nicht nur deshalb zurzeit gut, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen das viel besser als ich.

Dennoch ist es heute meine Aufgabe, Sorgen zu formulieren, die uns als rheinland-pfälzische Kammern umtreiben.

Es geht um die schwierige Lage, in der sich die berufsständischen Versorgungswerke befinden - bedingt durch das aktuelle Zinstief. Unsere Versorgungswerke gehören neben der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamtenversorgung zur ersten Säule der Alterssicherung in Deutschland. Die Versorgungsverhältnisse beruhen hier nicht auf individuellen Verträgen, sondern sie entstehen obligatorisch kraft Gesetz. Angehörige eines kammerfähigen Berufes, also beispielsweise Ärzte, Apotheker, Psychotherapeuten, Architekten, Ingenieure, Anwälte und Steuerberater können dort ihre Altersversorgung organisieren, sofern ein Landesgesetz dies vorsieht.

Das Versprechen lautet: Berufsständische Versorgungswerke sichern ihre Mitglieder im Alter und bei Berufsunfähigkeit ab und sie bieten den Hinterbliebenen finanziellen Schutz. Sie funktionieren nach dem Kapitalbildungsprinzip: Jeden Monat wird ein einkommensabhängiger Betrag an das Versorgungswerk gezahlt. Dieses Geld wird fest angelegt und nach Eintritt in den Ruhestand samt Zinsen zurückgezahlt. Der Rechnungszins bezeichnet dabei den Ertrag, der aus dem bereits angesammelten Vermögen, aus den zukünftigen Beiträgen und den wiederangelegten Vermögenserträgen nachhaltig erwirtschaftet werden muss, um die Alters-, Hinterbliebenen- und Berufsunfähigkeitsrenten erfüllen zu können. Der garantierte Rechnungszins lag in den letzten Jahren bei vielen Versorgungswerken zwischen 3,5 und 4 %. Doch die Auswirkungen der Finanzkrise und das Niedrigzinsumfeld stellen die Versorgungswerke vor große Herausforderungen. Immer mehr Versorgungswerke können ihr selbst gesetztes Zins-Ziel nicht halten. Das kann gravierende Folgen haben:

Die Landesärztekammer und die Rechtsanwaltskammer für den OLG-Bezirk Koblenz weisen mit Sorge darauf hin, dass Versorgungseinrichtungen künftig nur mit höheren Risiken eine auskömmliche Rendite im Bereich des Rechnungszinses erreichen können. Sie sind gezwungen, verstärkt in anderen Anlageformen anzulegen. Es ist nicht abzusehen, ob und wann mit einer Rückkehr zu früher üblichen Kapitalmarktzinsen gerechnet werden kann, die Versorgungswerke denken über Leistungskürzungen nach.

In der Tat sah sich beispielsweise das Psychotherapeutenversorgungswerk PVW, dem sich auch die Psychotherapeuten in Rheinland-Pfalz angeschlossen haben, bereits seit Januar

dieses Jahres zu einer Satzungsänderung gezwungen: Zum Jahresbeginn 2017 wurde der Rechnungszins von 3,5 % auf 2,5 % reduziert.

Die Architekten- und die Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz sehen sich ebenfalls vom aktuellen Zinstief und der damit verbundenen kritischen Entwicklung der Anlagemöglichkeiten für die Alterssicherung schmerzlich betroffen. Gleichzeitig profitieren die Mitglieder beider Kammern davon, dass das so genannte „Betongold“ – also Immobilien als langfristige rentierliche Anlageform – von vielen Anlegern wiederentdeckt wurde, das ist für Architekten und Ingenieure der positive Effekt der Krise.

Dass in Folge der niedrigen Zinsen Sachwerte nachgefragt werden und Immobilien immer begehrt und teurer werden, erhöht allerdings zunehmend die Betriebs- und Investitionskosten – auch in der Landwirtschaft. So beklagt die Landwirtschaftskammer die steigenden Grundstückspreise und Pachten.

Die Steuerberaterkammer hält es für wahrscheinlich, dass das Niedrigzinsumfeld voraussichtlich noch auf Jahre erhalten bleiben wird, so dass sie dafür plädiert, die in den Steuergesetzen festgeschriebenen Zinssätze dringend anzupassen. Denn in verschiedenen Steuergesetzen sind Zinssätze festgelegt, welche die heutige Niedrigzinssituation nicht mehr zutreffend widerspiegeln und zu Verzerrungen führen.

Neben den Schwierigkeiten, die das aktuelle Niedrigzinsniveau für die Mitglieder unserer Kammern mit sich bringt, treibt uns eine weitere Sorge um. Einige Kammern fürchten eine Beschneidung der Selbstverwaltung und Freiberuflichkeit.

Als Beispiel nennt die Landesapothekerkammer ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes, das ausländischen Arzneimittelversendern erlaubt, sich über die deutsche Arzneimittelpreisbindung hinwegzusetzen. Aus Sicht der Apothekerschaft in Rheinland-Pfalz räumt dieses Urteil den Versandapotheken einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil ein und reduziert die Leistungen der örtlichen Apotheken auf die Versorgung mit Arzneimitteln, obwohl sie weit darüber hinausgeht. Auch die Wirtschaftsprüferkammer befürchtet, dass Initiativen auf EU-Ebene in die Selbstverwaltung unserer Berufe eingreifen könnten. Kritisch sieht sie beispielsweise die Umsetzung der EU-Normen zur Reform der Abschlussprüfung. Die Landeszahnärztekammer kritisiert eine Entscheidung des Bundessozialgerichts, nach der angestellte Freiberufler nicht mehr einmalig von der Rentenversicherung befreit werden können.

Meine Damen und Herren, die Anliegen und Bedürfnisse der einzelnen Kammern in Rheinland-Pfalz mögen sich in vielen Punkten unterscheiden. Die einen freuen sich über eine positive Auftragslage, andere, wie etwa die Pflegekammer, stehen vor großen Herausforderungen und sehen 2017 vor allem als ein Jahr, in dem dringend anstehende Veränderungen, zum Beispiel in der Pflegeausbildung bewältigt werden müssen.

Trotz aller Unterschiede eint uns die Sorge vor einer möglichen Einschränkung der berufsständischen Selbstverwaltung und vor allem die Sorge um die finanzielle Absicherung unserer Mitglieder im Alter.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir einen kurzen Exkurs, der mir sehr am Herzen liegt. Nicht nur im Bereich der Finanzen scheint es so, als stehe die Welt Kopf (Stichwort Negativzinsen). Das, was uns über viele Jahre verlässlich schien, ist es nun nicht mehr. Die Weltordnung ist aus den Fugen und viele Menschen haben Angst vor der Unsicherheit, die eine zusammenwachsende Welt mit sich bringt. Um Angst zu reduzieren wäre es wichtig, dass man sich zumindest auf Tatsachen und Fakten noch verlassen kann – aber auch diese sind nicht mehr eindeutig. Da gibt es Politiker, die postfaktisch die jeweilige Gefühlslage als Wahrheit verkaufen und andere, die flugs sogenannte alternative Fakten in die Welt setzen. Dabei gibt es dafür ein klares deutsches Wort: Lügen. Was kann noch geglaubt werden? Mein Appell an uns alle lautet: Mühen wir uns um die Wahrheit, gerade wenn sie kompliziert ist. Sagen wir sie laut und werden wir dabei nicht müde. So kann man Unsicherheit begegnen.

In diesem Sinne begrüße ich den Präsidenten der Deutschen Bundesbank.

Sehr geehrter Herr Dr. Weidmann, meine sehr geehrte Damen und Herren, wir appellieren an dieser Stelle an diejenigen, die an wichtigen Entscheidungen beteiligt sind: Wir brauchen ein stabiles Zinsumfeld, um die Freien Berufe in Rheinland-Pfalz leistungsstark und zukunftssicher zu halten.

Sehr geehrter Herr Dr. Weidmann, ich freue mich sehr auf Ihre Rede. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!